

Auswertung MDRfragt:

1 Jahr Krieg in der Ukraine – Wo stehen wir?

Befragungszeitraum: 10.02.- 14.02.2023

30.533 Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Die Ergebnisse in der Übersicht:

Themenbereich Krieg in der Ukraine:

Krieg in der Ukraine hat Sicherheitsgefühl bei mehr als drei Vierteln beeinträchtigt

7 von 10 befürchten militärischen Eingriff weiterer Staaten oder der NATO

Ein Viertel schreibt Putin alleinige Schuld am Krieg in der Ukraine zu – jeder Zweite gibt der EU eine Mitschuld

Für mehr als drei Viertel gehen diplomatische Bemühungen zur Beendigung des Krieges noch nicht weit genug

9 von 10 Prozent lehnen Kampfjet-Lieferungen aus Deutschland an die Ukraine ab

Themenbereich Sanktionen gegen Russland:

Knapp zwei Dritteln bereitet Sicherheit der Energieversorgung in Deutschland Sorge

Deutliche Mehrheit fordert Aufhebung der Energie-Embargos gegen Russland

6 von 10 denken, dass Ostdeutsche politische Lage in Russland besser beurteilen können als Westdeutsche

Themenbereich Inflation:

8 von 10 empfinden Krieg in der Ukraine, Energiekrise und Inflation als starke Belastung

Bei deutlicher Mehrheit hat Inflation zu Verschlechterung des Lebensstandards geführt

Jeder Zweite heizt weniger und ein Drittel spart beim Urlaub

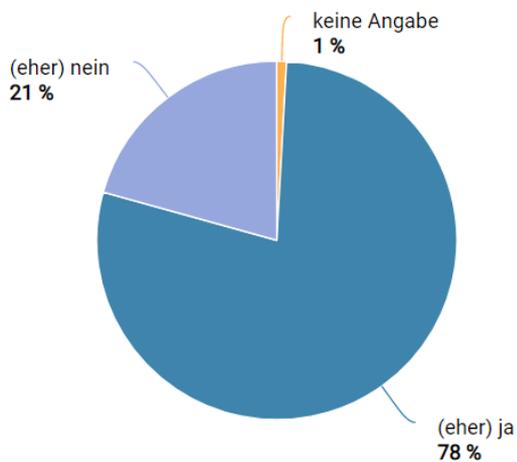
Für 84 Prozent konnten Entlastungsmaßnahmen keine spürbare finanzielle Entlastung erzielen

Die Ergebnisse im Detail:

Krieg in der Ukraine hat Sicherheitsgefühl bei mehr als drei Vierteln beeinträchtigt

Angesichts des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, spricht Bundeskanzler Scholz von einer Zeitenwende. Mehr als drei Viertel der MDRfragt-Mitglieder, die sich an der Befragung beteiligt haben (78 Prozent) haben angegeben, dass der Krieg ihr Sicherheitsgefühl nachhaltig beeinträchtigt hat. Bei 21 Prozent ist dies nach eigenen Angaben nicht der Fall.

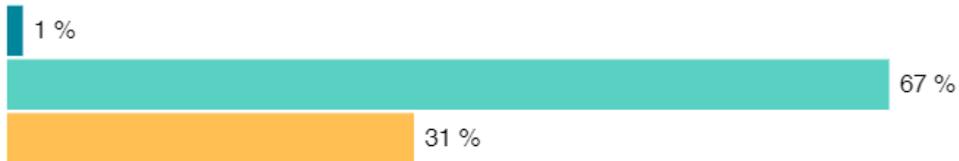
Frage: Angesichts des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, spricht Bundeskanzler Scholz von einer Zeitenwende: Hat der Krieg Ihr Sicherheitsgefühl nachhaltig beeinträchtigt?



Je älter die Befragungsteilnehmerinnen und –teilnehmer, umso größer der Anteil derer, deren Sicherheitsgefühl nachhaltig beeinträchtigt wurde:

● keine Angabe ● (eher) ja ● (eher) nein

16 bis 29 Jahre



30 bis 49 Jahre



50 bis 64 Jahre



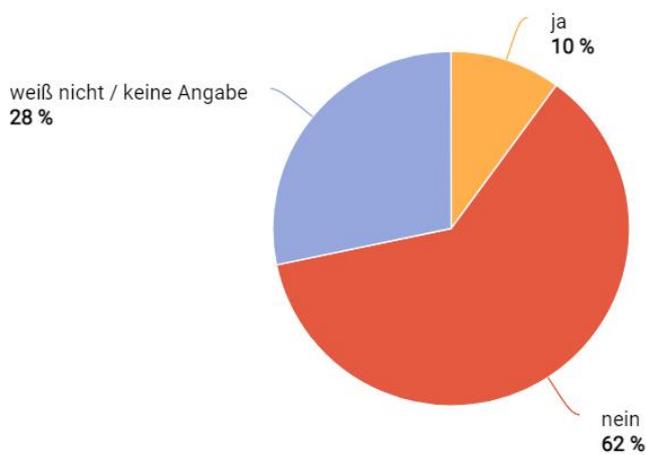
65 Jahre und älter



6 von 10 denken nicht, dass der Krieg in der Ukraine 2023 enden wird

62 der Befragungsteilnehmenden denken nicht, dass der Krieg in der Ukraine 2023 enden wird. Lediglich 10 Prozent gehen von einem Kriegsende in diesem Jahr aus. 28 Prozent haben sich bei dieser Frage nicht festgelegt.

Frage: Was glauben Sie: Wird der Krieg in der Ukraine 2023 enden?



7 von 10 befürchten militärischen Eingriff weiterer Staaten oder der NATO

Im Hinblick auf mögliche Kriegsszenarien äußern die MDRfragt-Mitglieder, welche an der Befragung teilgenommen haben, unterschiedlich starke Befürchtungen:

- Einen militärischen Eingriff weiterer Staaten oder der NATO in der Kriegsregion befürchten die meisten Befragungsteilnehmenden. 69 Prozent teilen diese Befürchtung – 29 Prozent hingegen nicht.
- Die Mehrheit (55 Prozent) äußert zudem Sorgen vor einem Dritten Weltkrieg. 42 Prozent teilen diese Sorge jedoch nicht.
- Jeder Zweite (54 Prozent) befürchtet, dass Russland unter Putin weitere Länder angreifen könnte. 44 Prozent sehen dieses Szenario aktuell nicht.
- Was den Einsatz von Atomwaffen angeht, ist das Stimmungsbild geteilt: 49 Prozent befürchten, dass dieses Kriegsszenario eintreten könnte – ebenfalls 49 Prozent teilen diese Ansicht hingegen nicht.

Frage: Befürchten Sie derzeit, die folgenden Szenarien könnten eintreten?

keine Angabe (eher) ja (eher) nein

Russland unter Putin könnte weitere Länder angreifen



Militärischer Eingriff weiterer Staaten oder der NATO in der Kriegsregion



Dritter Weltkrieg



Einsatz von Atomwaffen



Die Sorge, dass Russland unter Putin weitere Länder angreifen könnte, ist bei den Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmern unter 50 Jahren stärker ausgeprägt als bei den älteren.

Bei den anderen Szenarien sind die Unterschiede zwischen den Altersgruppen kaum ausgeprägt.

● keine Angabe ● (eher) ja ● (eher) nein

16 bis 29 Jahre



30 bis 49 Jahre



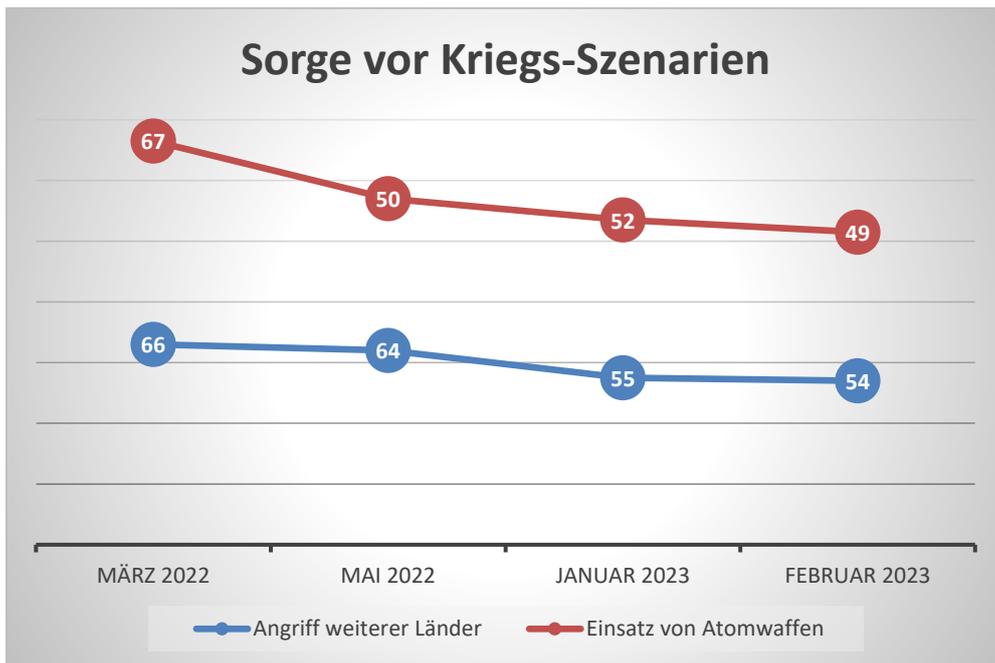
50 bis 64 Jahre



65 Jahre und älter



Sowohl die Sorge vor einem Einsatz von Atomwaffen als auch davor, dass Russland unter Putin weitere Länder angreifen könnte, ist seit Beginn des Krieges geringer geworden. Während Anfang März 2022 noch 66 Prozent der MDRfragt-Teilnehmenden Sorge vor einem Angriff weiterer Länder durch Putin hatten, liegt der Anteil jetzt bei 54 Prozent. Parallel dazu äußerten Anfang März 2022 67 Prozent ihre Sorge vor dem Einsatz von Atomwaffen, aktuell liegt der Anteil bei 49 Prozent.



Ein Viertel schreibt Putin alleinige Schuld am Krieg in der Ukraine zu – jeder Zweite gibt der EU eine Mitschuld

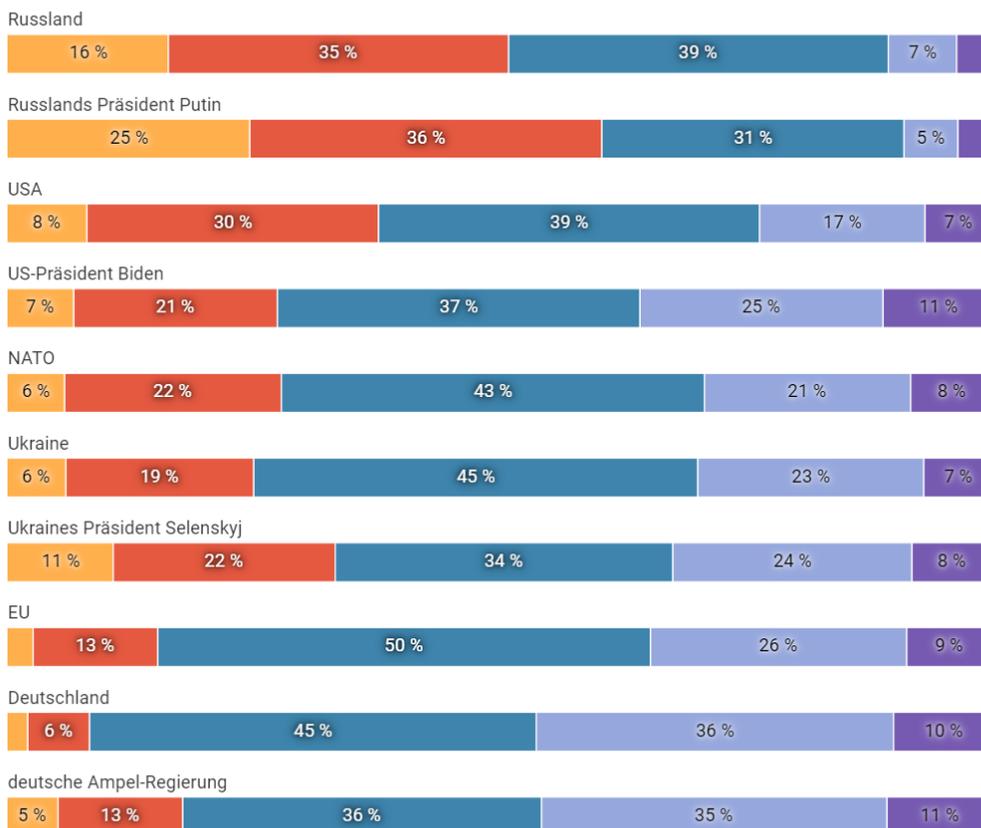
Für Viele ist es gar nicht so einfach, die Schuld für den Krieg einem Land allein zuzuschreiben, weil vielleicht bei mehreren Ländern ein Anteil an der Situation gesehen wird. In Hinblick auf die Frage, wer für die MDRfragt-Teilnehmenden wie viel Schuld am Krieg trägt, gaben diese durchaus unterschiedliche Antworten:

- So geben 16 Prozent Russland und 25 Prozent Russlands Präsident Putin die alleinige Schuld am Krieg.
 - 35 Prozent sind demgegenüber der Ansicht, dass Russland die überwiegende aber nicht die alleinige Schuld am Krieg besitzt. Parallel dazu schreiben 36 Prozent Russlands Präsident Putin die überwiegende Schuld am Krieg in der Ukraine zu.
 - 39 Prozent geben Russland und 31 Prozent Russlands Präsident Putin hingegen nur eine Mitschuld am Krieg.
 - Unabhängig davon sind 7 Prozent der Ansicht, dass Russland gar keine Schuld am Krieg besitzt und 5 Prozent schreiben zudem Russlands Präsident Putin keinerlei Schuld zu.
- Deutlich weniger, 8 Prozent, geben der USA und 7 Prozent US-Präsident Biden die alleinige Schuld am Krieg.
 - 30 Prozent sind hingegen der Ansicht, dass die USA die überwiegende Schuld am Krieg in der Ukraine besitzt. 21 Prozent schreiben US-Präsident Biden die überwiegende Schuld zu.
 - 39 Prozent geben den USA, ebenso wie Russland, eine Mitschuld. Diese wird von 37 Prozent auch US-Präsident Biden zugeschrieben.
 - Demgegenüber denken jedoch 17 Prozent, dass die USA gar keine Schuld am Krieg in der Ukraine besitzt. Parallel dazu schreiben 25 Prozent US-Präsident Biden keinerlei Schuld zu.
- Der NATO geben 6 Prozent die alleinige Schuld und 22 Prozent die überwiegende Schuld am Krieg in der Ukraine. Aus Sicht von 43 Prozent trägt die NATO eine Mitschuld. Demgegenüber schreiben ihr 21 Prozent jedoch gar keine Schuld zu.
- Darüber hinaus schreiben 6 Prozent der Ukraine und 11 Prozent dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj die alleinige Schuld am Krieg zu.
 - 19 Prozent sind hingegen der Ansicht, dass die Ukraine die überwiegende aber nicht die alleinige Schuld am Krieg trägt. Parallel dazu schreiben 22 Prozent dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj die überwiegende Schuld zu.
 - 45 Prozent geben der Ukraine und 34 Prozent dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj demgegenüber eine Mitschuld am Krieg.
 - 23 Prozent sind jedoch der Ansicht, dass die Ukraine gar keine Schuld am Krieg besitzt. Parallel dazu denken 24 Prozent, dass Präsident Selenskyj keinerlei Schuld an diesem besitzt.
- Der EU geben 3 Prozent die alleinige Schuld und 13 Prozent die überwiegende Schuld am Krieg in der Ukraine. Aus Sicht von 50 Prozent trägt die EU eine Mitschuld. Demgegenüber schreiben ihr 26 Prozent jedoch keinerlei Schuld zu.

- Unabhängig davon geben 2 Prozent Deutschland und 5 Prozent der deutschen Ampel-Regierung die alleinige Schuld am Krieg in der Ukraine.
 - 6 Prozent schreiben hingegen Deutschland und 13 Prozent der deutschen Ampel-Regierung die überwiegende aber nicht die alleinige Schuld zu.
 - Für 45 Prozent trägt Deutschland eine Mitschuld am Krieg in der Ukraine. Parallel dazu sind 36 Prozent der Ansicht, dass die deutsche Ampel-Regierung eine Mitschuld trägt.
 - 36 Prozent schreiben Deutschland hingegen keinerlei Schuld zu. Etwas weniger, 35 Prozent, schreiben auch der Ampel-Regierung keinerlei Schuld am Krieg in der Ukraine zu.
- allem bei Deutschland und der Ampel-Regierung, wobei jeweils ein größerer Teil eine Mitschuld zuspricht.

Frage: Für Viele ist es gar nicht so einfach, die Schuld für den Krieg einem Land allein zuzuschreiben, weil vielleicht bei mehreren Ländern ein Anteil an der Situation gesehen wird. Wie ist das für Sie? Wer trägt aus Ihrer Sicht wie viel Schuld am Krieg in der Ukraine?

● die alleinige Schuld
 ● die überwiegende Schuld
 ● eine Mitschuld
 ● gar keine Schuld
 ● keine Angabe

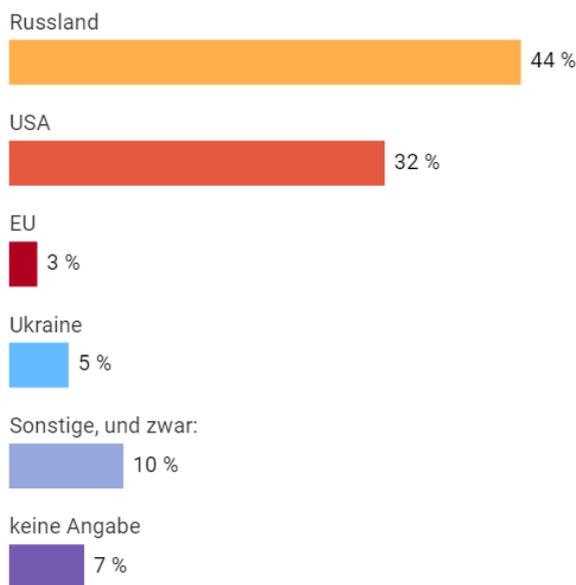


Knapp ein Drittel sieht USA als Hauptverantwortlichen für den Krieg in der Ukraine

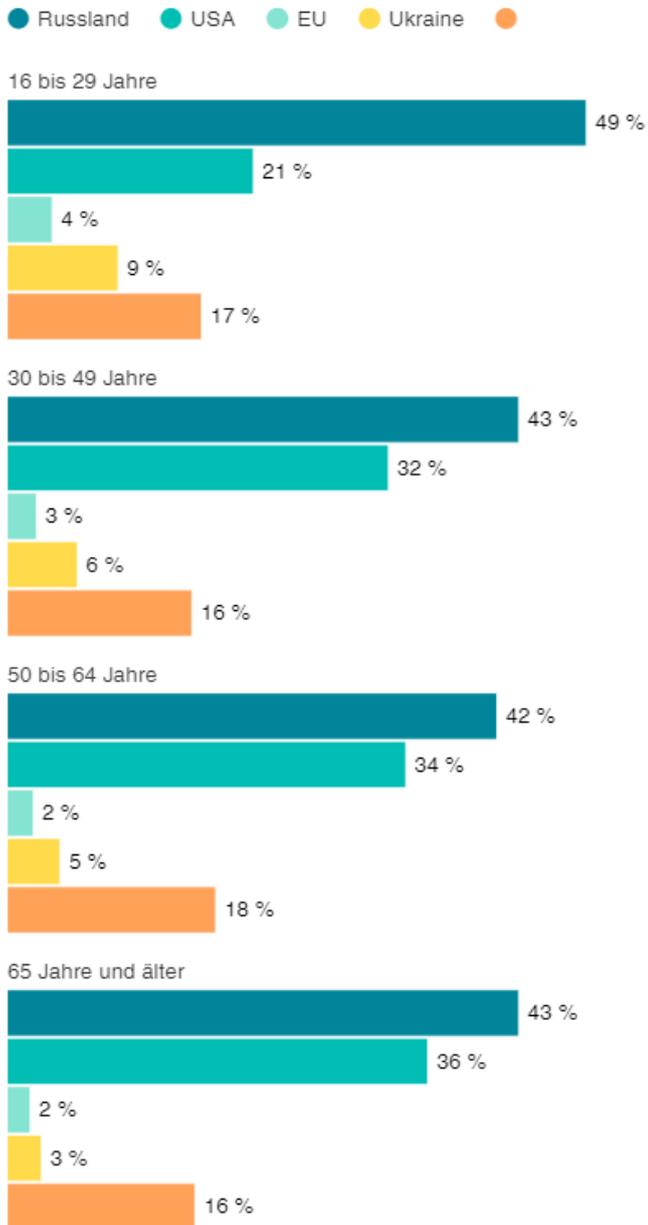
Konkret nach den Hauptverantwortlichen für den Krieg befragt, fällt das Urteil der Befragten wie folgt aus:

- 44 Prozent sehen Russland als hauptverantwortlich an.
- Für 32 Prozent sind die USA hauptverantwortlich.
- 5 Prozent denken, dass die Ukraine für den Krieg hauptverantwortlich ist und noch weniger, 3 Prozent, sehen die EU als Hauptverantwortlichen.
- Viele derjenigen, die eine Angabe bei „Sonstige“ gemacht haben, haben angegeben, dass sie nicht nur eine Partei als hauptverantwortlich sehen, sondern mehrere.

Frage: Der Krieg in der Ukraine dauert mittlerweile etwa ein Jahr an. Wer ist aus Ihrer Sicht für den Krieg hauptverantwortlich?



Je älter die Befragten, umso größer der Anteil derer, die den USA die Hauptschuld zuschreiben:



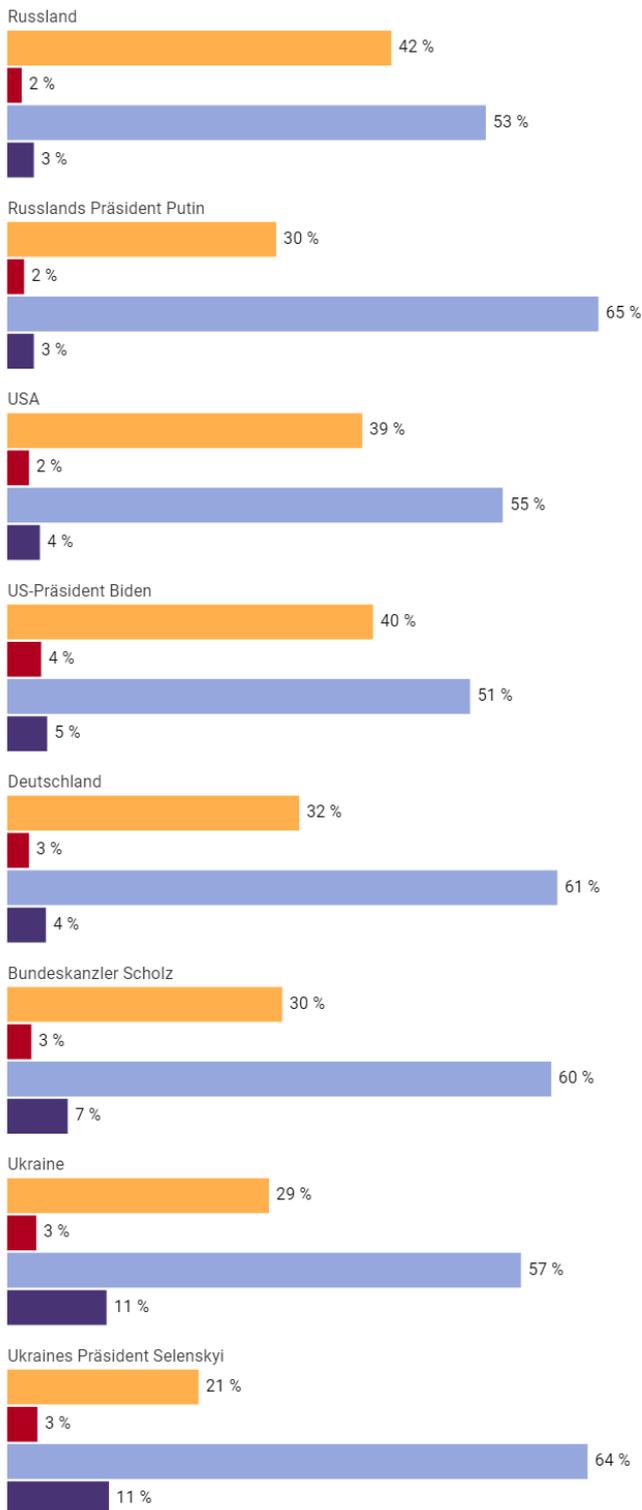
Mehr als jeder Zweite wirft durch den Krieg einen schlechteren Blick auf Russland, die USA, Deutschland und die Ukraine

Im Hinblick auf die Frage, wie sich der Blick der Befragungsteilnehmenden auf bestimmte Länder bzw. Personen durch den Krieg verändert hat, gaben diese unterschiedliche Antworten:

- So hat sich der Blick auf **Russland** bei mehr als jedem Zweiten (53 Prozent) verschlechtert. Parallel dazu blicken knapp zwei Drittel (65 Prozent) nun schlechter auf Russlands Präsident Putin.
 - Für 42 Prozent blieb der Blick auf Russland und für 30 Prozent auf Russlands Präsident Putin unverändert.
- Auch der Blick auf die **USA** (55 Prozent) und US-Präsident Biden (51 Prozent) hat sich für mehr als jeden Zweiten verschlechtert.
 - Unverändert blieb der Blick auf die USA hingegen für 39 Prozent. Für 40 Prozent hat sich zudem nichts an ihrem Blick auf US-Präsident Biden verändert.
- Für 6 von 10 (61 Prozent) hat sich auch der Blick auf **Deutschland** durch den Krieg in der Ukraine verschlechtert. 60 Prozent gaben zudem an, dass sich auch ihr Blick auf Bundeskanzler Scholz durch diesen verschlechtert hat.
 - Bei 32 Prozent blieb der Blick auf Deutschland und bei 30 Prozent auf Bundeskanzler Scholz jedoch unverändert.
 - 4 Prozent gaben hingegen an, dass sich ihr Blick auf Deutschland verbessert hat und auch der Blick auf Bundeskanzler Scholz hat sich für 7 Prozent verbessert.
- Die Mehrheit (57 Prozent) gab zudem an, dass sich auch ihr Blick auf die **Ukraine** durch den Krieg verschlechtert hat. Parallel dazu hat dieser auch den Blick auf den ukrainischen Präsidenten Selenskyj für 64 Prozent verschlechtert.
 - Unverändert blieb der Blick auf die Ukraine hingegen für 29 Prozent. Für 21 Prozent hat sich auch der Blick auf den ukrainischen Präsidenten Selenskyj nicht verändert.
 - Jeweils 11 Prozent gaben demgegenüber jedoch an, dass sich ihr Blick auf die Ukraine und auf den ukrainischen Präsidenten Selenskyj verbessert hat.

Frage: Wie hat sich Ihr Blick auf die folgenden Länder bzw. Personen durch den Krieg verändert?

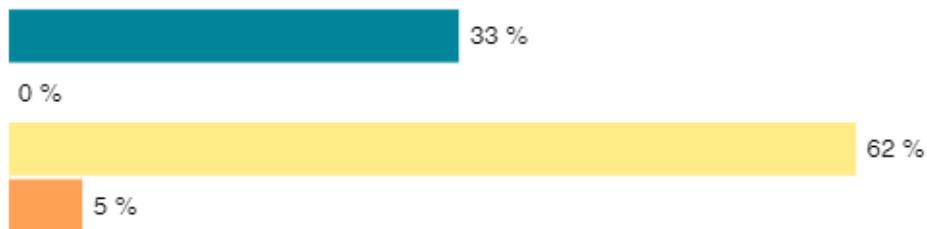
● unverändert
 ● keine Angabe
 ● (deutlich) schlechter geworden
 ● (deutlich) besser geworden



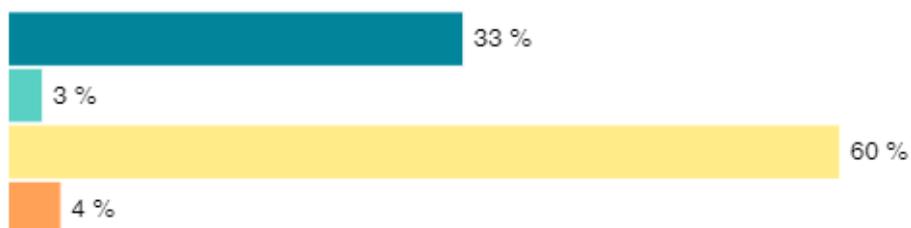
Der Anteil derer, die angegeben haben, dass das Bild von Putin schlechter geworden ist, ist bei den älteren Befragten deutlich größer als bei den jüngeren:

● unverändert ● keine Angabe ● (deutlich) schlechter geworden ● (deutlich) besser geworden

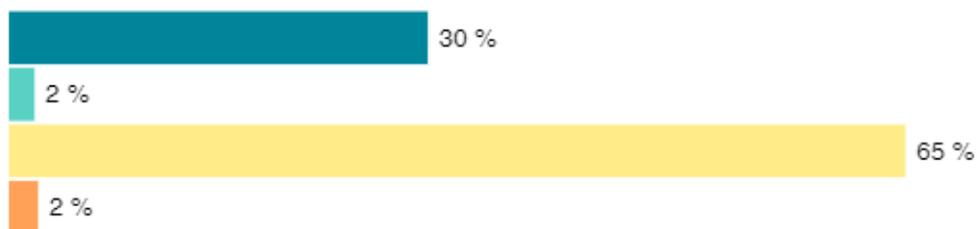
16 bis 29 Jahre



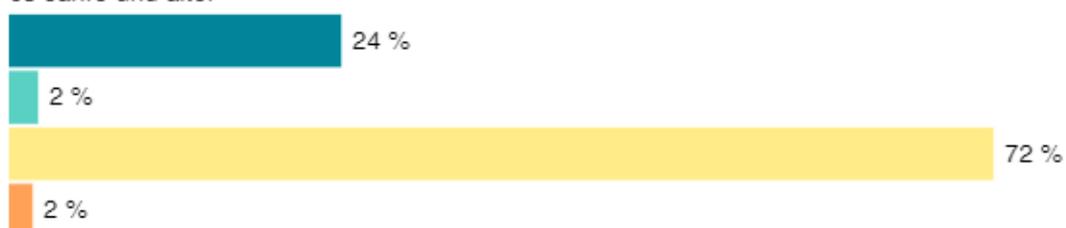
30 bis 49 Jahre



50 bis 64 Jahre



65 Jahre und älter



Das gleiche Phänomen zeigt sich jedoch auch beim Blick auf die USA:

● unverändert ● keine Angabe ● (deutlich) schlechter geworden ● (deutlich) besser geworden

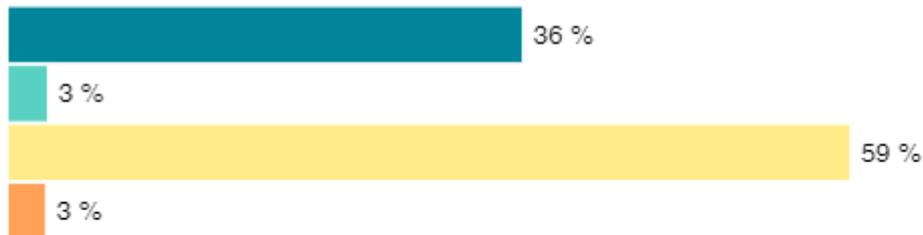
16 bis 29 Jahre



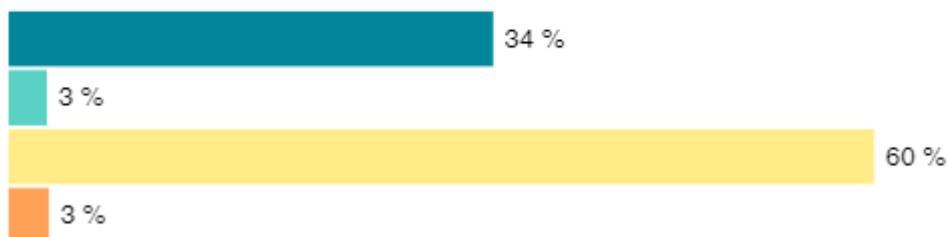
30 bis 49 Jahre



50 bis 64 Jahre



65 Jahre und älter



Für mehr als drei Viertel gehen diplomatische Bemühungen zur Beendigung des Krieges nicht weit genug

Deutschland hat auf den russischen Einmarsch in die Ukraine mit verschiedenen Schritten reagiert. Die verschiedenen Maßnahmen werden von den MDRfragt-Teilnehmenden unterschiedlich bewertet:

- Für mehr als zwei Drittel (68 Prozent) geht die Unterstützung der Ukraine mit schweren Waffensystemen zu weit. Ein Fünftel (20 Prozent) hält diese hingegen für angemessen und für 9 Prozent geht die Lieferung schwerer Waffensysteme nicht weit genug.
- Die Unterstützung der Ukraine mit leichten Waffen und militärischen Hilfsgütern halten 43 Prozent dagegen für angemessen. Bei dieser Kategorie ist der Anteil derer, die die Unterstützungsmaßnahmen als zu weitgehend einschätzen, mit 38 deutlich geringer als bei der Lieferung schwerer Waffensysteme. Für 15 Prozent gehen sie noch nicht weit genug.
- Die Sanktions-Maßnahmen gegen Russland bewerten 45 Prozent als zu weitgehend. Als angemessen erachten diese hingegen 28 Prozent. Für mehr als ein Fünftel (23 Prozent) gehen die Sanktions-Maßnahmen gegen Russland jedoch noch nicht weit genug.
- Eine deutliche Abweichung im Antwortverhalten zeigt sich bei den diplomatischen Bemühungen zur Beendigung des Krieges. 77 Prozent sind der Ansicht, dass diese noch nicht weit genug gehen. Lediglich 17 Prozent halten sie für angemessen und 2 Prozent denken, dass diese zu weit gehen.

Frage: Deutschland hat auf den russischen Einmarsch in die Ukraine mit verschiedenen Schritten reagiert. Wie bewerten Sie die folgenden Maßnahmen?

● geht nicht weit genug ● angemessen ● geht zu weit ● keine Angabe

Unterstützung der Ukraine mit schweren Waffensystemen



Sanktions-Maßnahmen gegen Russland



diplomatische Bemühungen zur Beendigung des Krieges



Unterstützung der Ukraine mit leichten Waffen und militärischen Hilfsgütern

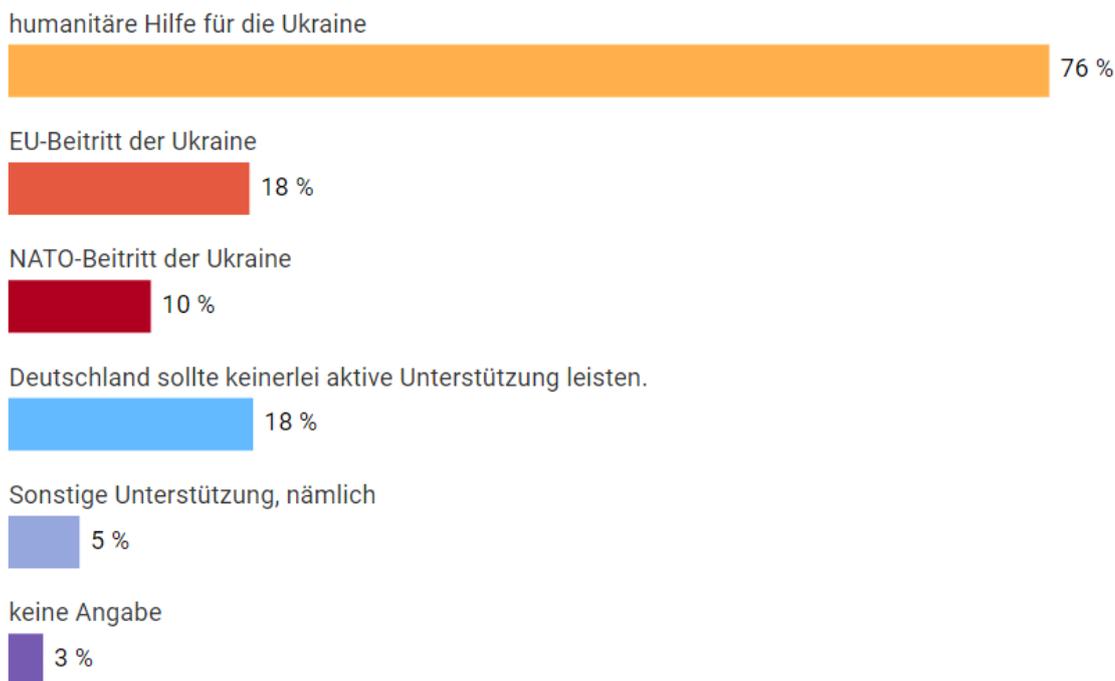


Drei Viertel befürworten humanitäre Hilfe für die Ukraine

Darüber hinaus befürworten einige der MDRfragt-Mitglieder, die sich an der Befragung beteiligt haben, weitere Arten der Unterstützung für die Ukraine:

- So gaben 76 Prozent an, dass sie humanitäre Hilfe für die Ukraine befürworten.
- Einen EU-Beitritt der Ukraine befürworten darüber hinaus 18 Prozent.
- 10 Prozent sprechen sich zudem für einen NATO-Beitritt der Ukraine aus.
- Demgegenüber gaben jedoch 18 Prozent an, dass Deutschland ihrer Ansicht nach keinerlei aktive Unterstützung für die Ukraine leisten sollte.

Frage: Welche Art von Unterstützung für die Ukraine befürworten Sie darüber hinaus? Bitte wählen Sie alles aus, was Sie befürworten.

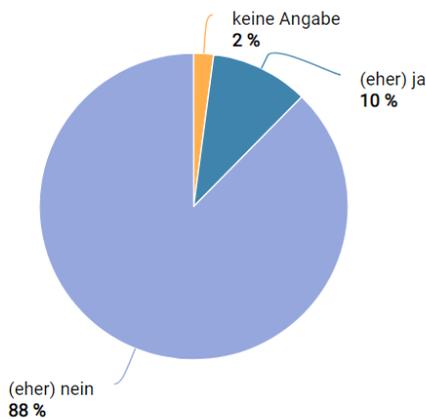


9 von 10 Prozent lehnen Kampfjet-Lieferungen aus Deutschland an die Ukraine ab

Der ukrainische Präsident Selenskyj bat Anfang Februar die europäischen Staaten erneut darum, auch Kampfjets in die Ukraine zu liefern. Großbritannien gab an, dies zu prüfen. Bundeskanzler Scholz lehnte eine Lieferung von Kampfjets hingegen bisher ab.

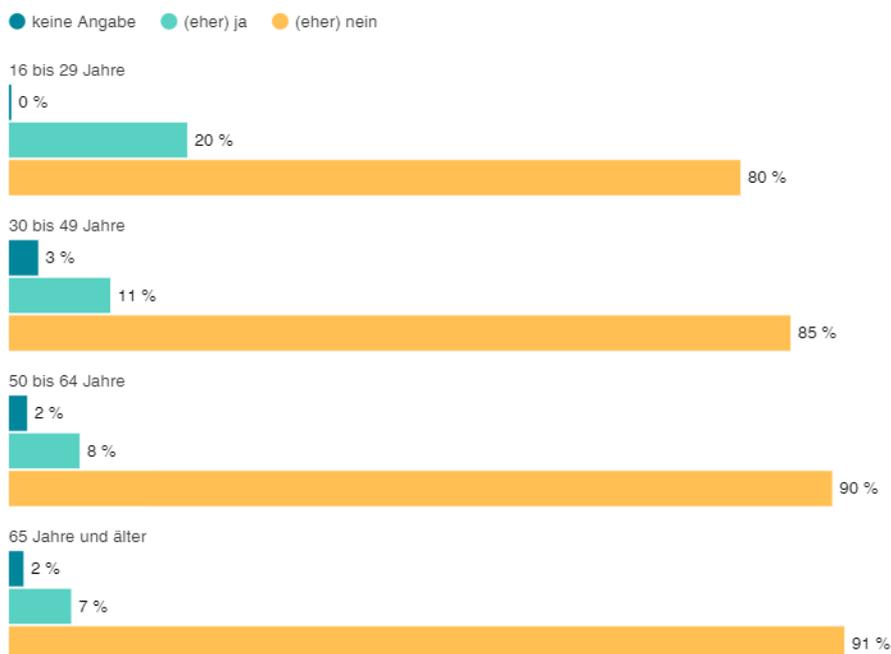
88 Prozent der MDRfragt-Teilnehmenden lehnen es ab, Kampfjets aus Deutschland an die Ukraine zu liefern. Lediglich 10 Prozent würden dies befürworten.

Frage: Der ukrainische Präsident Selensky bat in dieser Woche die europäischen Staaten erneut darum, auch Kampfjets in die Ukraine zu liefern. Großbritannien will dies nun prüfen. Bundeskanzler Scholz lehnte eine Lieferung von Kampfjets hingegen bisher ab. Wie sehen Sie das? Würden Sie es befürworten, Kampfjets aus Deutschland an die Ukraine zu liefern?



18

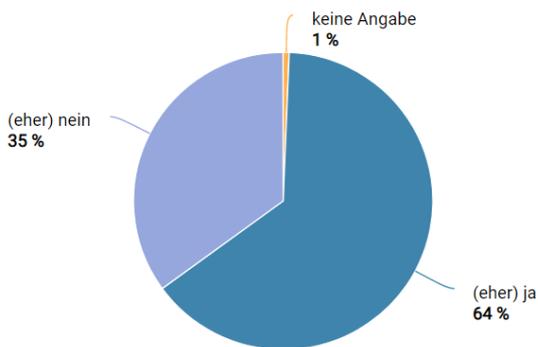
Je jünger die Befragten, umso größer der Anteil der Befürworter:



Knapp zwei Dritteln bereitet Sicherheit der Energieversorgung in Deutschland Sorge

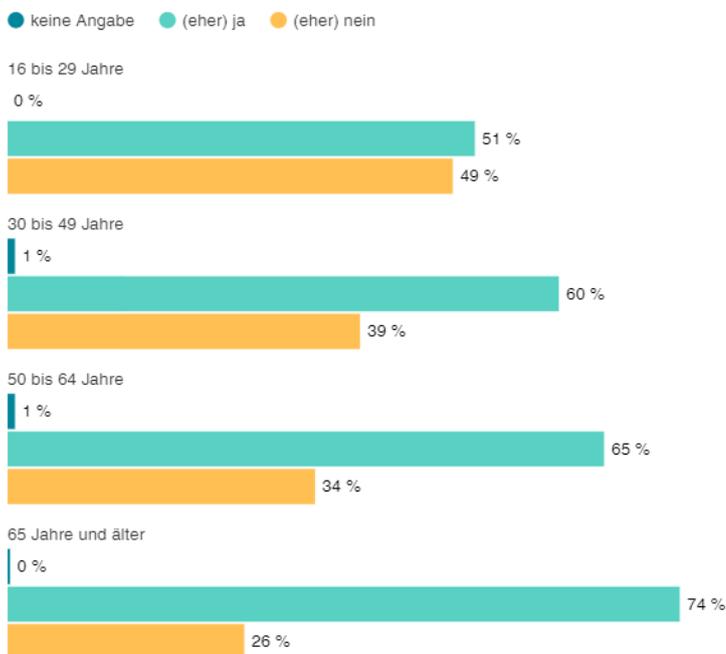
64 Prozent der MDRfragt-Teilnehmenden gaben an, dass sie sich derzeit um die Sicherheit der Energieversorgung in Deutschland sorgen. Mehr als einem Drittel (35 Prozent) bereitet dies hingegen derzeit keine Sorge.

Frage: Bereitet Ihnen die Sicherheit der Energieversorgung in Deutschland derzeit Sorge?



Je älter die Befragten, umso größer der Anteil derer, die sich aktuell um die Energieversorgung sorgen:

19



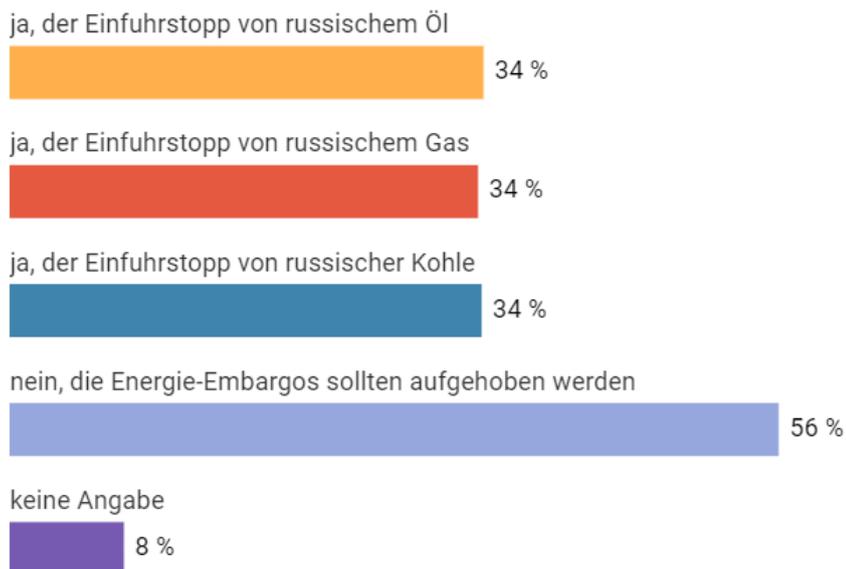
Im Vergleich zu unserer Befragung im Mai 2022 ist die Sorge um die Sicherheit der Energieversorgung deutlich gesunken. So gaben damals 83 Prozent der MDRfragt-Teilnehmenden an, dass ihnen diese Sorge bereitet, heute sind es hingegen 64 Prozent.

Mehrheit fordert Aufhebung der Energie-Embargos gegen Russland

Aufgrund des Energie-Embargos gegen Russland importiert die EU derzeit kein Erdgas, kein Erdöl und keine Steinkohle aus Russland. Auf die Frage hin, ob die Energie-Embargos gegen Russland bis zum Ende des Krieges beibehalten werden sollten, zeigt sich ein relativ einheitliches Bild beim Antwortverhalten der Befragungsteilnehmenden:

- So gaben jeweils 34 Prozent an, dass sie eine Beibehaltung des Einfuhrstopps von russischem Öl, russischem Gas und russischer Kohle bis zum Ende des Krieges befürworten.
- Demgegenüber fordert die Mehrheit (56 Prozent) jedoch, dass die Energie-Embargos aufgehoben werden sollten.

Frage: Aufgrund des Energie-Embargos gegen Russland importiert die EU derzeit kein Erdgas, kein Erdöl und keine Steinkohle aus Russland. Sollten die Energie-Embargos gegen Russland bis zum Ende des Krieges beibehalten werden? Sie können mehrere Antworten auswählen.



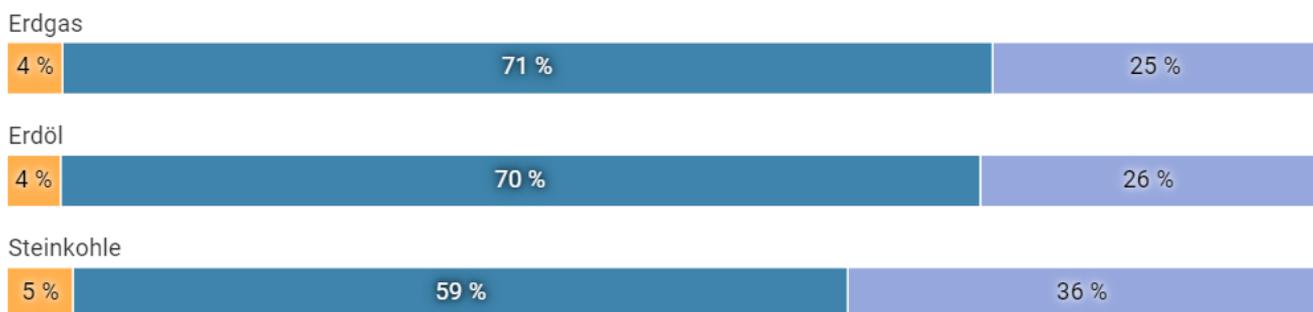
7 von 10 befürworten erneuten Import von russischem Erdgas und Erdöl nach Ende des Krieges

Blickt man hypothetisch auf die Zeit nach dem Krieg, ändert sich die Einstellung zum Einfuhrstopp von russischem Öl, russischem Gas und russischer Kohle etwas:

- So gaben 71 Prozent der Befragungsteilnehmenden an, dass wir nach Kriegsende wieder russisches Erdgas in Deutschland beziehen sollten. Ein Viertel (25 Prozent) lehnt dies hingegen ab.
- Etwas weniger, 70 Prozent, sind zudem der Ansicht, dass wir russisches Erdöl nach dem Ende des Krieges wieder aus Russland beziehen sollten. 26 Prozent teilen diese Ansicht hingegen nicht.
- Beim Import von russischer Steinkohle nach Kriegsende fällt die Zustimmung etwas geringer aus. So würden 59 Prozent einen erneuten Import von russischer Steinkohle nach dem Ende des Krieges befürworten. Mehr als ein Drittel (36 Prozent) lehnt dies hingegen ab.

Frage: Sollten wir nach einem Ende des Krieges wieder Energieträger aus Russland beziehen, etwa Gas, Öl oder Kohle?

● keine Angabe ● (eher) ja ● (eher) nein

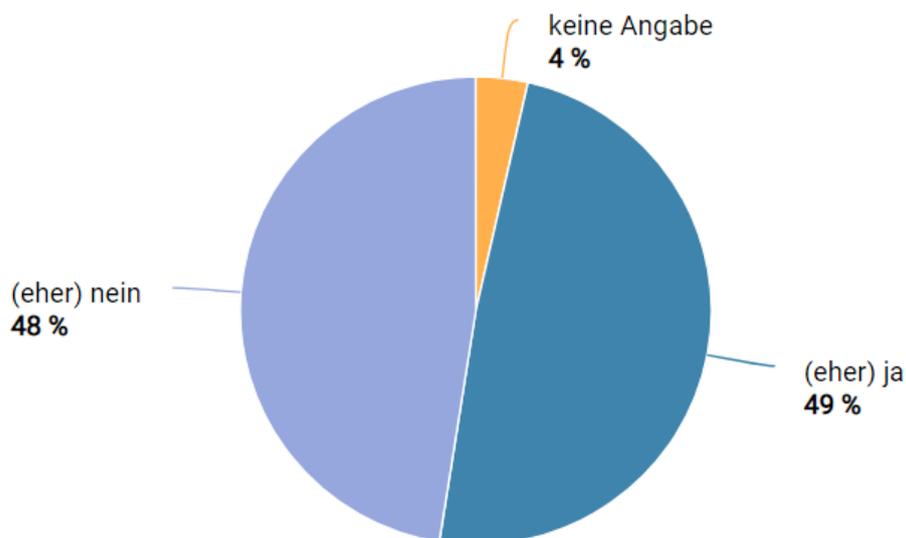


Geteilte Meinung zur Wirksamkeit von Sanktionen – 49 Prozent halten sie für sinnvoll, 48 Prozent hingegen nicht

Neben der Umsetzung des Energie-Embargos wurden auch zahlreiche Sanktionen gegen Russland verhängen. Beispielsweise Einreiseverbote oder Vermögensbeschlagnahmungen gegenüber Oligarchen.

Bei den MDRfragt-Teilnehmenden ist die Meinung zur generellen Effektivität von Sanktionen jedoch gespalten. Während 49 Prozent sie grundsätzlich für ein sinnvolles Mittel der internationalen Politik halten, teilen 48 Prozent diese Ansicht hingegen nicht.

Frage: Neben der Umsetzung des Energie-Embargos wurden auch zahlreiche Sanktionen gegen Russland verhängen. Beispielsweise Einreiseverbote oder Vermögensbeschlagnahmungen gegenüber Oligarchen. Halten Sie Sanktionen grundsätzlich für ein sinnvolles Mittel der internationalen Politik?

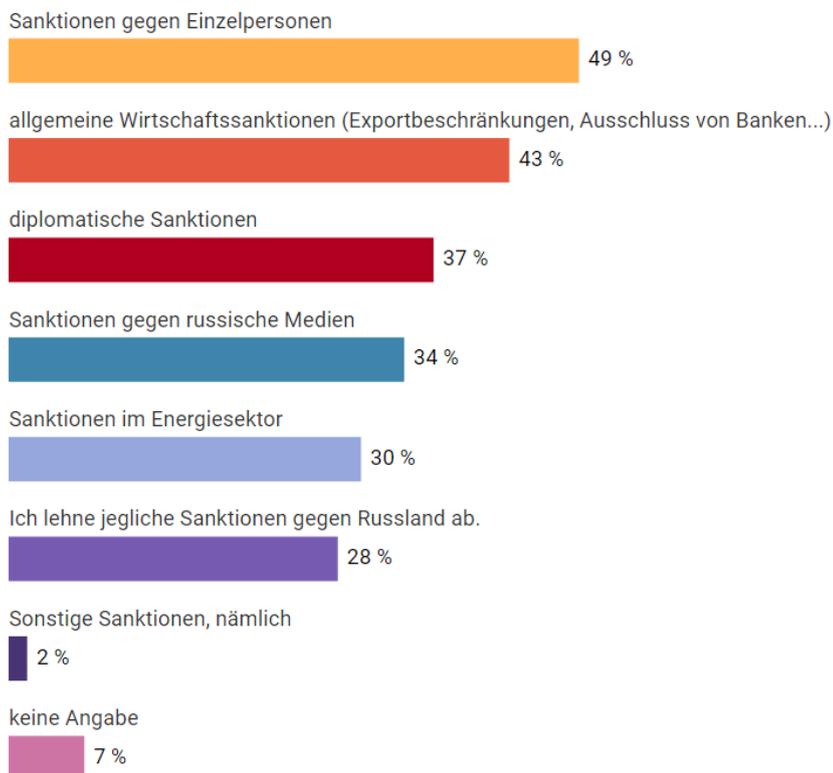


Jeder Zweite befürwortet Sanktionen gegen Einzelpersonen – nur 3 von 10 befürworten Sanktionen im Energiesektor

Die Befragungsteilnehmenden befürworten verschiedene Sanktionen gegen Russland unterschiedlich stark:

- So spricht sich knapp die Hälfte (49 Prozent) für Sanktionen gegen Einzelpersonen aus.
- 43 Prozent befürworten zudem allgemeine Wirtschaftssanktionen, wie beispielsweise Exportbeschränkungen oder den Ausschluss von Banken.
- 37 Prozent sprechen sich darüber hinaus für diplomatische Sanktionen aus. 34 Prozent unterstützen zudem Sanktionen gegen russische Medien.
- 30 Prozent gaben außerdem an, dass sie Sanktionen im Energiesektor befürworten.
- Demgegenüber lehnt mehr als ein Viertel (28 Prozent) jegliche Sanktionen gegen Russland ab.

Frage: Befürworten Sie Sanktionen gegen Russland? Wenn ja, welche Sanktionen befürworten Sie konkret? Sie können mehrere Sanktionsarten auswählen

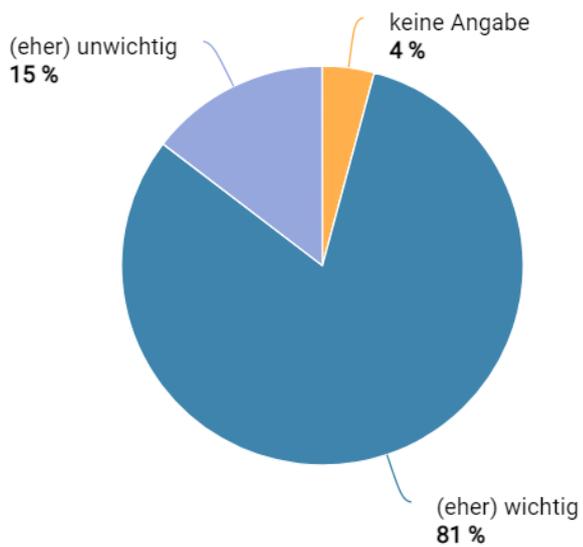


Auffällig ist hierbei, dass im Vergleich zu unserer Befragung im August 2022, die Zustimmung zu Sanktionen im Energiesektor deutlich gestiegen ist. So lag diese im August 2022 bei 19 Prozent und beträgt jetzt 30 Prozent.

8 von 10 finden es wichtig, dass Deutschland gute Beziehungen zu Russland hat

Für 81 Prozent der Befragungsteilnehmenden ist es wichtig, dass Deutschland gute Beziehungen zu Russland hat. 15 Prozent erachten dies jedoch als unwichtig.

Frage: *Wie wichtig finden Sie es, dass Deutschland gute Beziehungen zu Russland hat?*

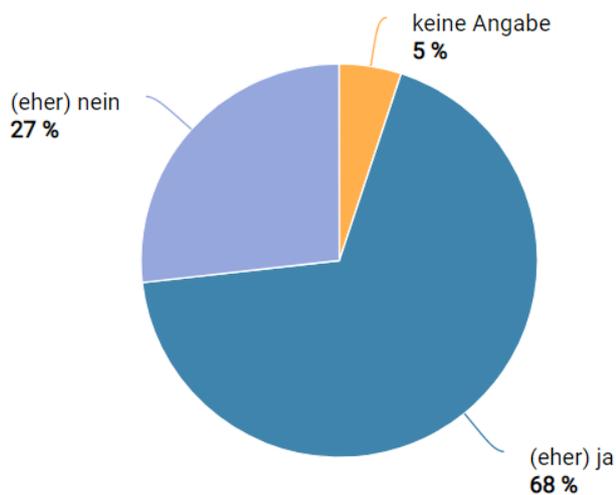


Bei mehr als zwei Dritteln weicht eigene Meinung von westdeutscher Mehrheitsmeinung ab

Die Meinungen in Ostdeutschland zu politischen Themen unterscheiden sich zum Teil deutlich von denen in Westdeutschland. So ist beispielsweise die Unterstützung der Sanktionen gegen Russland im Westen wesentlich stärker als im Osten.

Dementsprechend haben auch mehr als zwei Drittel (68 Prozent) der MDRfragt-Teilnehmenden das Gefühl, eine andere Meinung zu politischen Themen zu haben, als die Mehrheit der Westdeutschen. Mehr als ein Viertel (27 Prozent) teilt diese Wahrnehmung hingegen nicht.

Frage: Die Meinungen in Ostdeutschland zu politischen Themen unterscheiden sich zum Teil deutlich von denen in Westdeutschland. So ist beispielsweise die Unterstützung der Sanktionen gegen Russland im Westen wesentlich stärker als im Osten. Wie ist das bei Ihnen? Haben Sie das Gefühl, eine andere Meinung zu politischen Themen zu haben, als die Mehrheit der Westdeutschen?



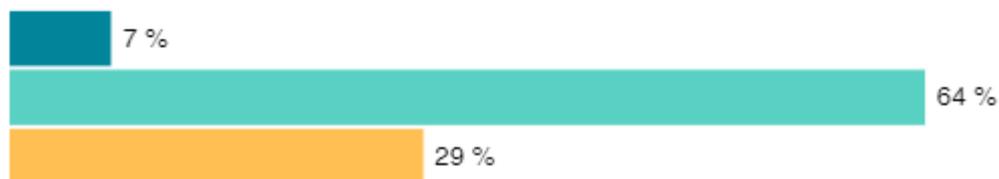
Zwar nimmt der Anteil derer, die das Gefühl haben, selbst eine andere Meinung zu vertreten als die Mehrheit der Westdeutschen, mit dem Alter zu – allerdings ist es auch bei den jüngeren Altersgruppen mehrheitlich vorhanden:

● keine Angabe ● (eher) ja ● (eher) nein

16 bis 29 Jahre



30 bis 49 Jahre



50 bis 64 Jahre



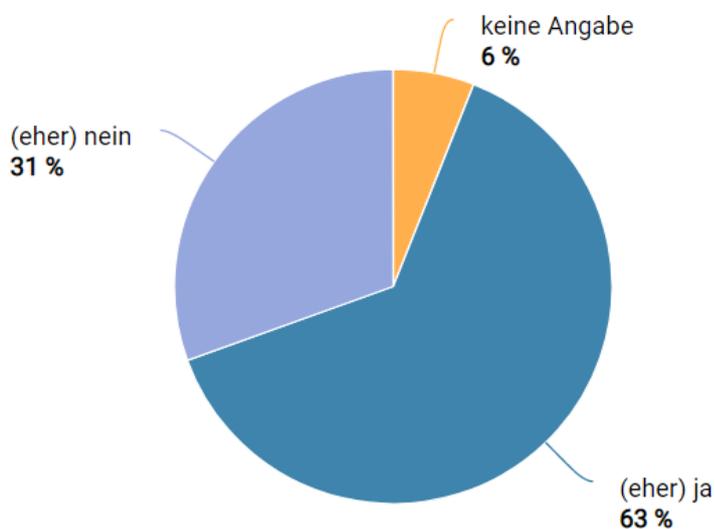
65 Jahre und älter



6 von 10 denken, dass Ostdeutsche politische Lage in Russland besser beurteilen können als Westdeutsche

Auf die Frage hin, ob Menschen, die in Ostdeutschland geboren und aufgewachsen sind, qualifizierter sind, die politische Lage in Russland zu beurteilen, gaben 63 Prozent der Befragungsteilnehmenden an, dass dies aus ihrer Sicht der Fall ist. Etwas weniger als ein Drittel (31 Prozent) teilt diese Ansicht hingegen nicht.

Frage: Und denken Sie, dass Menschen, die in Ostdeutschland geboren und aufgewachsen sind, qualifizierter die politische Lage in Russland beurteilen können als Westdeutsche?



Die Mehrheit der Unter-30-Jährigen bezweifelt dies. Mit dem Alter der Befragten nimmt der Anteil derer, die eine qualifiziertere Beurteilung der Lage durch Ostdeutsche sehen, deutlich zu:

● keine Angabe ● (eher) ja ● (eher) nein

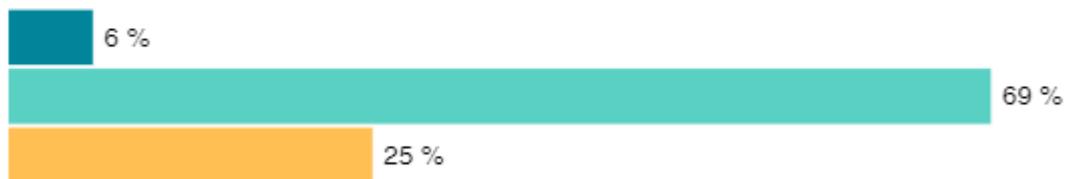
16 bis 29 Jahre



30 bis 49 Jahre



50 bis 64 Jahre



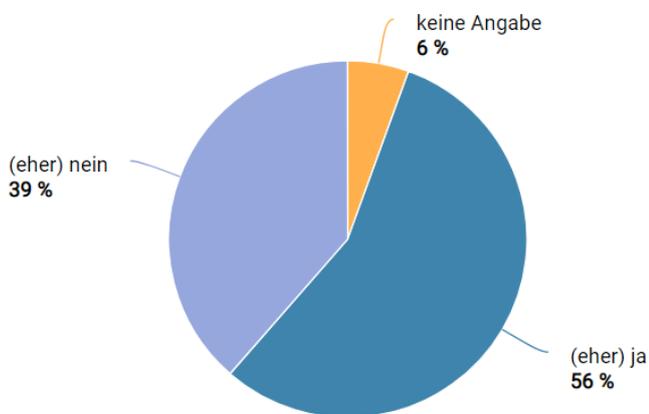
65 Jahre und älter



4 von 10 denken nicht, dass deutsche Russlandpolitik zur Spaltung zwischen Ost- und Westdeutschen führen wird

Die Mehrheit (56 Prozent) der MDRfragt-Teilnehmenden denkt parallel dazu, dass der Krieg in der Ukraine und die deutsche Russlandpolitik zu einer (stärkeren) Spaltung zwischen Ost- und Westdeutschen führen wird. Etwa 4 von 10 (39 Prozent) denken hingegen nicht, dass dies der Fall ist.

Frage: Denken Sie, dass der Krieg in der Ukraine und die deutsche Russlandpolitik zu einer (stärkeren) Spaltung zwischen Ost- und Westdeutschen führen?

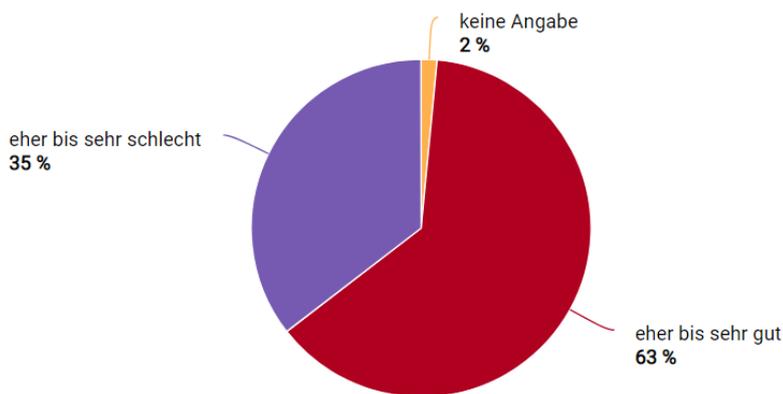


Stimmungskompass: Mehr als einem Drittel geht es derzeit schlecht

Der Krieg in der Ukraine hält weiterhin an, auch in Deutschland sind die Auswirkungen zu spüren, beispielsweise durch Preissteigerungen. Auch die Energieversorgung beschäftigt uns seit einem Jahr mehr denn je, konnte jedoch bislang sichergestellt werden.

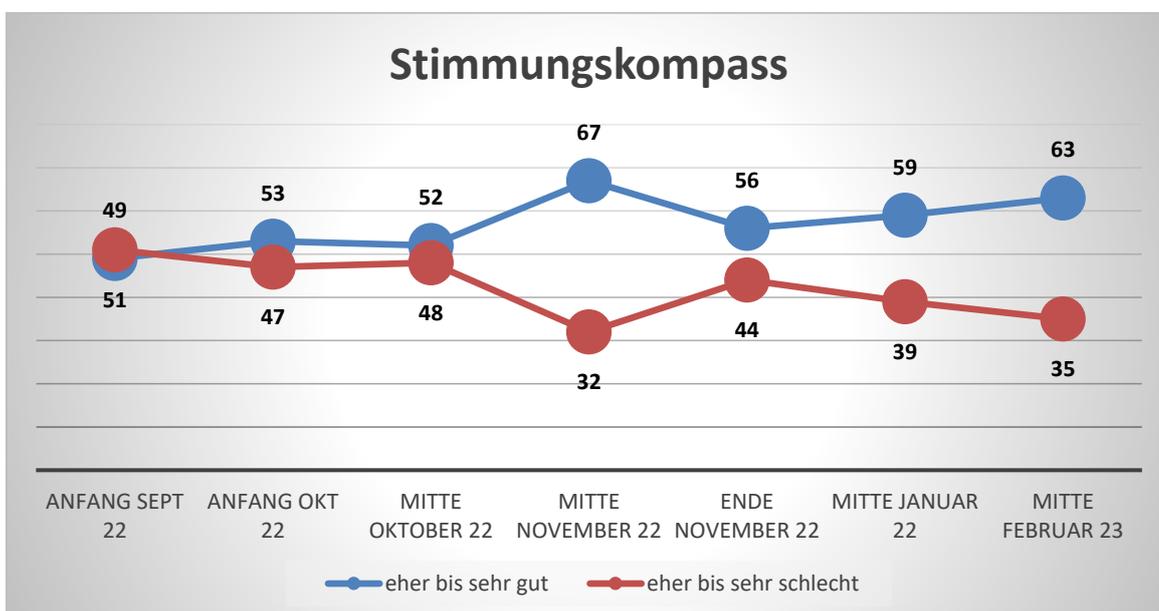
In unserem Stimmungskompass gaben knapp zwei Drittel (63 Prozent) der MDRfragt-Teilnehmenden an, dass es ihnen in der aktuellen Situation dennoch eher gut bis sehr gut geht. Demgegenüber äußert mehr als ein Drittel (35 Prozent) jedoch, dass es ihm derzeit eher schlecht bis sehr schlecht geht.

Frage: Wie geht es Ihnen derzeit in der aktuellen Situation?



30

Im zeitlichen Verlauf zeigt sich, dass sich die Stimmung der Befragungsteilnehmenden seit Anfang September 2022 durchaus verbessert hat.



8 von 10 empfinden Krieg in der Ukraine, Energiekrise und Inflation als starke Belastung

Blickt man etwas genauer hin, zeigt sich, dass die Befragungsteilnehmenden derzeit unterschiedliche Aspekte als Belastung empfinden:

- Für 83 Prozent es eine eher bis sehr starke Belastung, dass aktuell Krieg in Europa geführt wird. 17 Prozent teilen dieses Empfinden hingegen nicht.
- Zudem wird die Energiekrise von 80 Prozent als eher bis sehr starke Belastung empfunden. Ein Fünftel (20 Prozent) belastet die Energiekrise jedoch eher wenig bis gar nicht.
- Auch die Inflation empfinden 84 Prozent als eher starke bis sehr starke Belastung. Demgegenüber gaben 15 Prozent an, dass sie diese eher wenig bis gar nicht als Belastung empfinden.

Frage: Und wie stark belasten Sie die folgenden Aspekte?

keine Angabe eher bis sehr stark eher wenig bis gar nicht

dass Krieg in Europa geführt wird



die Energiekrise



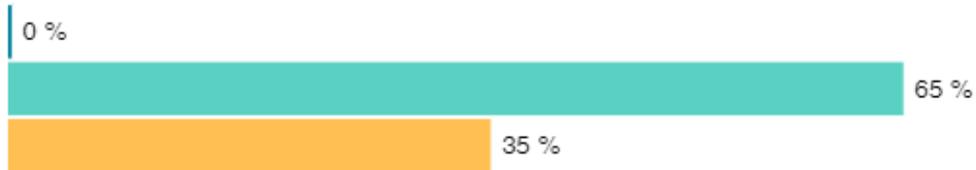
die Inflation



Dass wieder Krieg in Europa geführt wird, belastet mit steigendem Alter die Befragungsteilnehmenden stärker:

● keine Angabe ● eher bis sehr stark ● eher wenig bis gar nicht

16 bis 29 Jahre



30 bis 49 Jahre



50 bis 64 Jahre



65 Jahre und älter



7 von 10 denken nicht, dass wir Energiekrise 2023 in den Griff bekommen

69 Prozent der Befragungsteilnehmenden denken nicht, dass wir die Energiekrise 2023 in den Griff bekommen werden. Mehr als ein Viertel (29 Prozent) geht jedoch davon aus, dass dies der Fall sein wird.

Im Hinblick auf die Inflation denken mehr als zwei Drittel (77 Prozent) nicht, dass wir diese 2023 in den Griff bekommen werden. Mehr als ein Fünftel (22 Prozent) hält das jedoch für möglich.

Frage: Glauben Sie, wir bekommen Inflation und Energiekrise 2023 in den Griff?

keine Angabe (eher) ja (eher) nein



7 von 10 empfinden Inflation als starke emotionale und finanzielle Belastung

Für 68 Prozent der MDRfragt-Teilnehmenden stellt die Inflation eine starke emotionale Belastung dar. 31 Prozent teilen diese Erfahrung jedoch nicht.

Zudem gaben 71 Prozent an, dass sie die Inflation als finanzielle Belastung empfinden. Bei mehr als einem Viertel (28 Prozent) ist dies hingegen nicht der Fall.

Frage: Und alles in allem: Wie sehr belastet die Inflation Sie im Moment?

keine Angabe (eher) stark (eher) wenig bis gar nicht

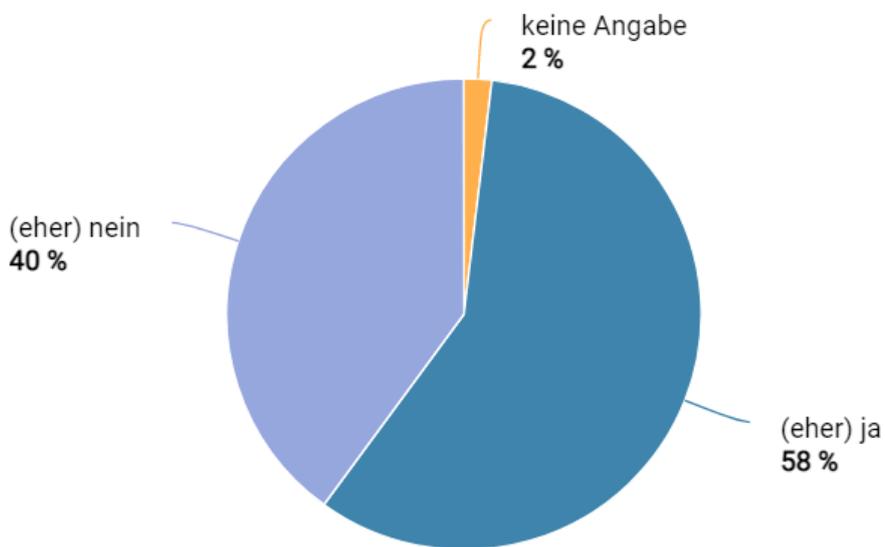


Die Anteile derjenigen, welche die Inflation als finanzielle oder emotionale Belastung empfinden bleiben seit Anfang Dezember 2022 nahezu unverändert. So empfanden damals 67 Prozent der Befragungsteilnehmenden die Inflation als eher starke emotionale Belastung. 69 Prozent sahen sie als eher starke finanzielle Belastung.

Bei deutlicher Mehrheit hat Inflation zu Verschlechterung des Lebensstandards geführt

Auf die Frage hin, ob die Inflation nach aktuellem Stand zu einer Verschlechterung des Lebensstandards der MDRfragt-Teilnehmenden geführt hat, gaben 58 Prozent an, dass dies bei ihnen der Fall ist. Für 4 von 10 (40 Prozent) hat die Inflation hingegen nicht zu einer Verschlechterung des Lebensstandards geführt.

Frage: Stand heute: Hat die Inflation zu einer Verschlechterung Ihres Lebensstandards geführt?



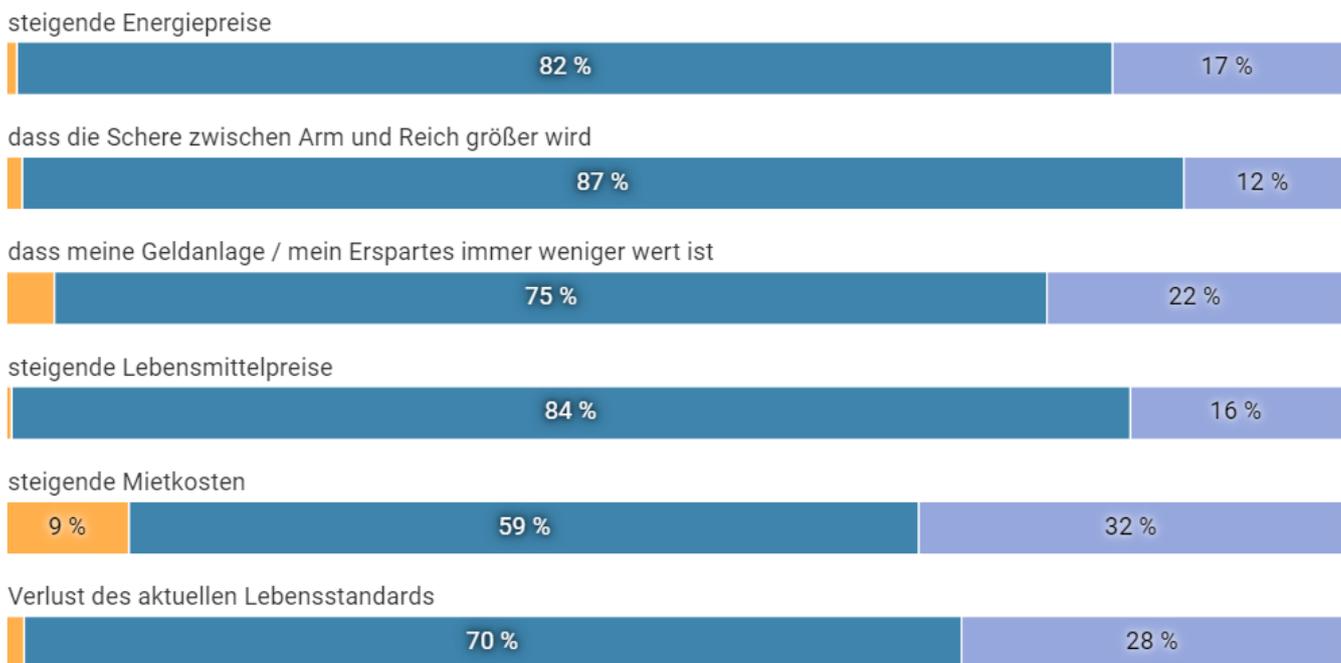
8 von 10 sorgen sich vor steigenden Energie- und Lebensmittelpreisen

Zahlreiche Aspekte bereiten den MDRfragt-Mitgliedern, die sich an der Befragung beteiligt haben, im Zusammenhang mit der Inflation Sorgen:

- 82 Prozent gaben an, dass ihnen die steigenden Energiepreise große Sorge bereiten. 17 Prozent haben diesbezüglich geringe Sorgen.
- Zudem haben 87 Prozent große Sorge darum, dass die Schere zwischen Arm und Reich größer wird. Darum sorgen sich 12 Prozent hingegen wenig.
- 75 Prozent haben außerdem große Sorge darum, dass ihre Geldanlage bzw. ihr Ersparnis immer weniger wert ist. Darum sorgen sich 22 Prozent hingegen wenig.
- Des Weiteren gaben 84 Prozent an, dass ihnen die steigenden Lebensmittelpreise große Sorge bereiten. 16 Prozent haben diesbezüglich jedoch geringe Sorgen.
- Außerdem hat die Mehrheit (59 Prozent) große Sorge darum, dass die Mietkosten steigen. 32 Prozent sorgen sich darum hingegen wenig.
- Um den Verlust des aktuellen Lebensstandards sorgen sich zudem 70 Prozent sehr. 28 Prozent bereitet dies hingegen geringe Sorgen.

Frage: In welchem Ausmaß bereiten Ihnen die folgenden Entwicklungen in Zusammenhang mit der Inflation Sorgen?

● keine Angabe ● (eher) große Sorgen ● (eher) kleine Sorgen



Während die Sorge vor steigenden Energiepreisen seit Anfang Dezember 2022 von damals 91 Prozent auf heute 82 Prozent gesunken ist, blieb die Sorge vor dem Verlust des aktuellen Lebensstandards genau gleich hoch. So sorgten sich sowohl im Dezember 2022 als auch heute 70 Prozent um den Verlust ihres aktuellen Lebensstandards.

Jeder Zweite heizt weniger und ein Drittel spart beim Urlaub

Die gestiegenen Preise haben bei den Befragungsteilnehmenden zu unterschiedlichen Verhaltensänderungen geführt:

- So gaben 7 von 10 (70 Prozent) an, dass sie aufgrund dessen versuchen, Strom im Haushalt zu sparen.
- Zwei Drittel (67 Prozent) vergleichen derzeit mehr die Preise, als dies früher der Fall war.
- 62 Prozent kaufen darüber hinaus weniger oder günstigere Lebensmittel und Produkte des täglichen Bedarfs ein.
- Jeder Zweite (51 Prozent) gab zudem an, weniger zu heizen und weitere 50 Prozent schränken ihre Freizeitaktivitäten ein.
- Den Verbrauch von (warmem) Wasser haben außerdem 43 Prozent reduziert. Des Weiteren verschieben 42 Prozent größere Anschaffungen auf später.
- Mehr als ein Drittel (35 Prozent) spart zudem beim Urlaub und 29 Prozent fahren weniger Auto.
- 9 Prozent gaben außerdem an, derzeit mehr Second Hand Kleidung zu kaufen als früher.

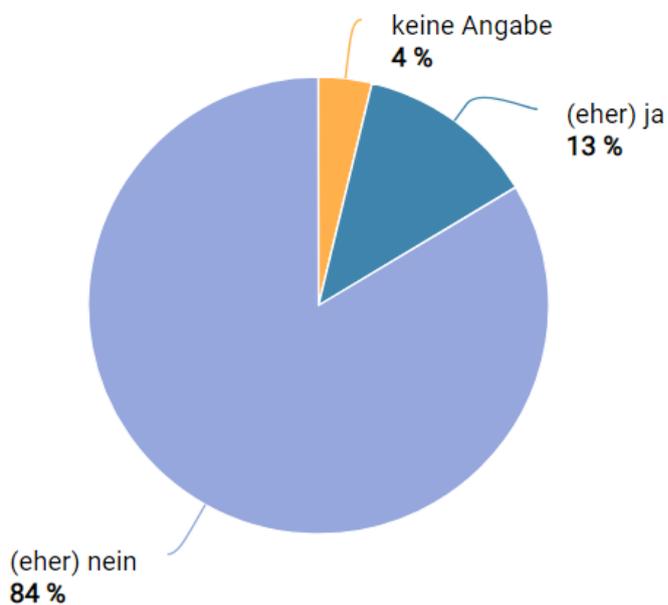
Frage: Wo haben Sie Ihr Verhalten aufgrund der gestiegenen Preise im letzten Jahr geändert? Bitte wählen Sie alles aus, was auf Sie zutrifft.



Für 84 Prozent konnten Entlastungsmaßnahmen keine spürbare finanzielle Entlastung erzielen

84 Prozent Befragungsteilnehmenden gaben an, dass die Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung bei ihnen keine spürbare finanzielle Entlastung erzielen konnten. Bei 13 Prozent war dies hingegen der Fall.

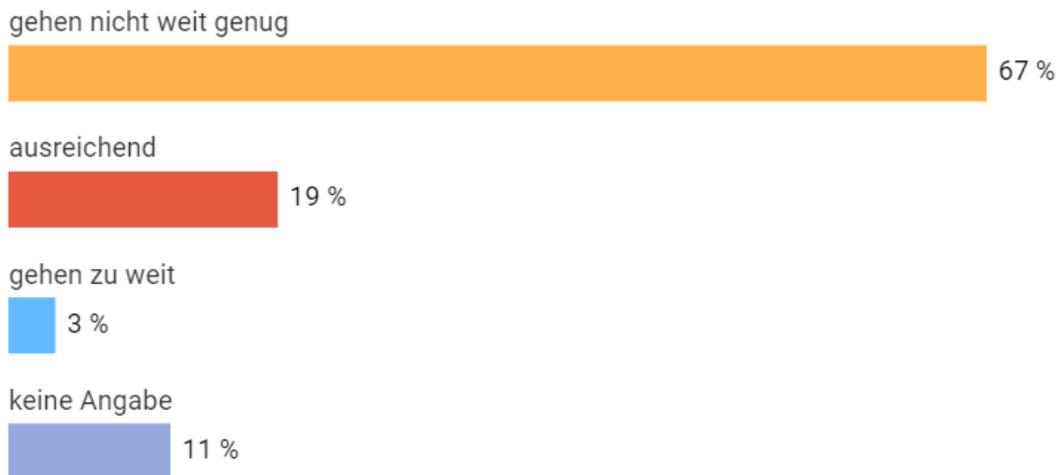
Frage: Und haben die Maßnahmen bei Ihnen persönlich bereits eine spürbare finanzielle Entlastung erzielt?



Für zwei Drittel gehen Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung nicht weit genug

Die Bundesregierung hat Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger beschlossen, damit diese besser mit den hohen Energiepreisen und Lebenshaltungskosten umgehen können. Für mehr als zwei Drittel (67 Prozent) der Befragungsteilnehmenden gehen die Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung jedoch nicht weit genug. Knapp ein Fünftel (19 Prozent) hält diese hingegen für ausreichend. Lediglich 3 Prozent gaben an, dass ihnen die Entlastungsmaßnahmen zu weit gehen. 11 Prozent treffen hierzu keine Aussage.

Frage: Die Bundesregierung hat Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger beschlossen, damit diese besser mit den hohen Energiepreisen und Lebenshaltungskosten umgehen können. Wie bewerten Sie die Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung?



Krieg in der Ukraine, Bekämpfung der Inflation sowie Energie- und Klimakrise: 8 von 10 haben hier bei wenig Vertrauen in die Entscheidungen der Bundesregierung

Das Vertrauen der Befragungsteilnehmenden in die Politik ist in verschiedenen Bereichen unterschiedlich groß – generell überwiegt jedoch das Misstrauen:

- Vor allem bei der Bekämpfung der Inflation, im Russland-Ukraine-Konflikt, in der Klimakrise und der Energiekrise ist das Misstrauen in die Entscheidungen der Politik groß: Mehr als 80 Prozent fehlt es hier an Vertrauen.
- Etwas größer ist das Vertrauen in die Entscheidungen der Politik bei der Corona-Krise. 26 Prozent sprechen der Regierung hierbei ihr Vertrauen aus, allerdings überwiegt auch bei diesem Thema mit 67 Prozent das Misstrauen.

Frage: Wie groß ist aktuell Ihr Vertrauen in die Politik, dass sie die richtigen Entscheidungen trifft?

● keine Angabe ● (eher) groß ● (eher) klein bis nicht vorhanden

in der Energiekrise



bei der Bekämpfung der Inflation



im Russland-Ukraine-Konflikt



in der Coronakrise



in der Klimakrise



Das Vertrauen in die Entscheidungen der Bundesregierung hat sich dabei seit Mitte Oktober 2022 bis heute kaum verändert. So hatten im Russland-Ukraine-Konflikt sowohl im Oktober 2022 als auch heute 14 mehr als 80 Prozent Prozent der MDRfragt-Teilnehmenden wenig bis kein Vertrauen in die Entscheidungen der Bundesregierung.

Hinweise zur Auswertung

Die Befragung vom 10.02. - 14.02.2023 stand unter der Überschrift:

1 Jahr Krieg in der Ukraine – Wo stehen wir?

Insgesamt sind bei MDRfragt 65.242 Menschen aus Mitteldeutschland angemeldet (Stand 16.02.2023, 01.00 Uhr).

30.533 Menschen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben online an dieser Befragung teilgenommen.

Verteilung nach Altersgruppen:

16 bis 29 Jahre:	306 Teilnehmende
30 bis 49 Jahre:	3.846 Teilnehmende
50 bis 64 Jahre:	12.436 Teilnehmende
65+:	13.945 Teilnehmende

Verteilung nach Bundesländern:

Sachsen:	15.760 (52 Prozent)
Sachsen-Anhalt:	7.440 (24 Prozent)
Thüringen:	7.333 (24 Prozent)

Verteilung nach Geschlecht:

Weiblich:	12.776 (42 Prozent)
Männlich:	17.681 (58 Prozent)
Divers:	76 (0,2 Prozent)

Die Ergebnisse der Befragung sind nicht repräsentativ. Wir haben sie allerdings in Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Beirat nach den statistischen Merkmalen Bildung, Geschlecht und Alter gewichtet. Das heißt, dass wir die Daten der an der Befragung beteiligten MDRfragt-Mitglieder mit den Daten der mitteldeutschen Bevölkerung abgeglichen haben.

Aufgrund von Rundungen kann es vorkommen, dass die Prozentwerte bei einzelnen Fragen zusammengerechnet nicht exakt 100 ergeben.